Gemeinde Mainhausen, Sonntag, 25. Mai 2014

Verkauf des ehemaligen Schwesternhauses beschlossen

Kaufpreis beträgt 305.000 €

Die Zukunft des ehemaligen Schwesternhauses wurde in den Gemeindegremien immer wieder diskutiert und am 13.12.2011 fasste die Gemeindevertretung den endgültigen Verkaufsbeschluss. Durch die mehrfache Berichterstattung in der Presse gingen in der Gemeindeverwaltung Kaufangebote ein. Die Auswahl an Interessenten macht es möglich, „dass beim Verkauf sollte nicht nur der Kaufpreis, sondern auch die künftige Nutzung und der Bedarf in der Gemeinde Mainhausen eine Rolle spielen“, stellt Bürgermeisterin Ruth Disser bei der Beratung in der Gemeindevertretung fest.

Das ehemalige Schwesternhaus wurde im Jahr 1998 von der katholischen Pfarrgemeinde zu einem Preis von 750.000 DM gekauft. In den ersten Jahren war die Betreuung der Grundschulkinder im Obergeschoss untergebracht. Die Räume im ersten Stock dienen einigen Vereinen als Lager- bzw. Tagungsraum. Im Erdgeschoss befindet sich ein größerer Raum, der zunächst für Feierlichkeiten angemietet werden konnte, seit einigen Jahren befindet sich dort die Gemeindebücherei.

An dem schönen alten Gebäude besteht einer hoher Sanierungsbedarf. Die Betreuung der Grundschulkinder benötigte bereits vor Jahren die neuen Räume, da der Brandschutz im ehemaligen Schwesternhaus nicht gewährleistet war. „Es sind große Investitionen erforderlich und die Gemeindeverwaltung hat bereits vor einigen Jahren bei einer halben Millionen Investitionssumme aufgehört zu rechnen“, stellt die Verwaltungschefin fest und räumt ein, dass hierfür kein Geld da war.

Das finanziell beste Kaufangebot wurde von der Firma whn abgegeben. „Die Kaufsumme von 305.000 € liegt über dem im Haushaltsplan vorgesehenen Betrag“, so Ruth Disser, „des Weiteren plant whn die Unterbringung von 25 Asylbewerbern, was der Gemeinde bei der Erledigung einer neuen Aufgabe hilft.“ Durch Beschluss des Kreisausschusses werden seit dem 01.03.2014 die betroffenen Personen den Kommunen direkt zugewiesen. Die Gemeinde Mainhausen erwartet daher für das Jahr 2014 bereits 19 Zuweisungen und in den Folgejahren jeweils 3,2 % der Gesamtzuweisungen des Kreises. Um dieser zusätzlichen Aufgabe gerecht zu werden, hat die Gemeinde Mainhausen bereits ein Haus angemietet, welches als Gemeinschaftsunterkunft für ca. 15 Asylbewerber dient. „Mit der Unterbringung von 25 Asylbewerbern kann die Zuweisungsquote eines Jahres erfüllt werden“, stellt Ruth Disser sachlich fest. Sehr bedauerlich empfindet die Verwaltungschefin die aufgekommene Diskussion um die Unterbringung der Asylbewerber. „Es geht hier um Menschen, die ein Leben in Frieden verdient haben. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung und keinen Streit.“

Das Ansinnen der UWG, die Gemeinde soll ein Konzept erstellen, welches die Sanierung durch die Gemeinde und die Unterbringung von 10 Flüchtlingen vorsieht, lehnte die Bürgermeisterin ab. Zum Einen entstehen bereits im Vorfeld und zur Konzepterstellung Planungskosten von mehreren 10.000 €, ohne das klar ist, woher die Mittel zur Sanierung kommen sollen. Weiterhin bedeutet die Unterbringung von lediglich 10 Asylbewerbern, dass weitere Räumlichkeiten gesucht und angemietet werden müssen. Die Rechnung geht nach Auffassung der Bürgermeisterin nicht auf. Über den von der UWG gemachten Gegenfinanzierungsvorschlag musste die Verwaltungschefin schmunzeln: „Hier wird die Einnahme aus einem Grundstücksverkauf, der noch nicht beschlossen ist, hergenommen und man wirft die Beträge aus Ergebnis- und Finanzhaushalt komplett durcheinander.“

Das die Käufer zugesichert haben, keine baulichen Veränderungen am äußeren Erscheinungsbild vorzunehmen war sicher noch ein weiteres Argument für die mehrheitliche Zustimmung zum Verkaufsbeschluss an die Firma whn.